

Journalist Dimitri Lascaris in Russland: Nord Stream, Kampf um Bachmut & Haftbefehl gegen Putin

Das Transkript gibt möglicherweise aufgrund der Tonqualität oder anderer Faktoren den ursprünglichen Inhalt nicht wortgenau wieder.

Zain Raza (ZR): Danke für Ihr Interesse und willkommen zu einer weiteren Folge von Die Quelle. Ich bin Ihr Gastgeber Zain Raza. Bevor wir mit diesem Beitrag beginnen, möchte ich unseren Zuschauern und Unterstützern mitteilen, dass ich mir vor ein paar Wochen die Achillessehne gerissen habe und derzeit nicht laufen kann und Krücken benötige. Das wird unsere Fähigkeit, regelmäßig Videos zu produzieren, in den nächsten sechs bis acht Wochen beeinträchtigen. Wir entschuldigen uns also im Voraus bei allen Zuschauern. Heute spreche ich mit Dimitri Lascaris, der sich derzeit in Russland aufhält und sich dort um eine umfassende Perspektive bemüht. Dimitri Lascaris ist ein unabhängiger Journalist und Rechtsanwalt. Als Anwalt beschäftigt er sich mit Menschenrechten, Sammelklagen und internationalem Recht. Dimitri kandidierte auch für die Führung der Grünen Partei in Kanada im Jahr 2020 und belegte den zweiten Platz. Dimitri, vielen Dank für Ihre Zeit heute.

Dimitri Lascaris (DL) Ich danke Ihnen, Zain. Und ich wünsche Ihnen eine baldige Genesung.

ZR: Ich danke Ihnen. Lassen Sie uns das Interview mit Ihrer Reise nach Russland beginnen. Sie versuchen momentan, eine andere Perspektive zu gewinnen und mit den Menschen vor Ort zu sprechen. Könnten Sie uns ein wenig über Ihre Beweggründe für diese Reise, Ihre Aktivitäten, die Herausforderungen, mit denen Sie konfrontiert sind, und die Ziele, die Sie erreichen möchten, erzählen?

DL: Ich bin zum ersten Mal hier. Es ist ein riesiges und komplexes Land, mit dem sich mein Land im Krieg befindet. Und mein Land handelt im Einklang mit allen anderen NATO-Staaten, die kollektiv über genügend Atomwaffen verfügen, um die Welt mehrmals zu zerstören, ebenso wie Russland. Der Einsatz in diesem Krieg könnte also nicht höher sein.

Der Westen scheint absolut nicht an einem Dialog mit den Russen interessiert zu sein, insbesondere nicht mit denjenigen, die die russische Regierung unterstützen. Ich halte das für extrem gefährlich. Es zeugt von großer Unvernunft, nicht wenigstens Gespräche aufzunehmen. Als jemand, der keine persönlichen Erfahrungen mit Russland hat, dachte ich, es gäbe keinen besseren Zeitpunkt für mich, hierher zu kommen und mit den Menschen zu sprechen. Ich möchte mich nicht ausschließlich, aber vor allem auf die Menschen konzentrieren, die im Westen nicht zu Wort kommen. Wir hören von all den Leuten, die die Putin-Regierung kritisieren, aber wir vernehmen kaum etwas von den Menschen, die die Regierung tatsächlich unterstützen. Aus den Umfragen geht hervor, dass sie eine deutliche Mehrheit darstellen. Ich bin nicht hierher gekommen, um mit ihnen übereinzustimmen. Ich bin nicht hierher gekommen, um sie zu belehren. Ich kam, um zuzuhören und hoffentlich Wege zu finden, meine Mitbürger im Westen über Russland zu informieren und einen Dialog zu beginnen.

ZR: Berichten Sie uns über die Menschen, mit denen Sie dort gesprochen haben, und über die Eindrücke und Erfahrungen, die Sie bisher gesammelt haben.

DL: Ich bin seit vier oder fünf Tagen hier, und zwar nur in Moskau. Dabei bin ich wahrscheinlich gut 60 Kilometer gelaufen. Etwa zehn Kilometer pro Tag. Ich versuche, so viel wie möglich zu sehen. Aber ich war noch nicht außerhalb von Moskau. Und abgesehen davon, dass ich mit dem Zug vom Flughafen ins Zentrum von Moskau gefahren bin, habe ich noch nicht einmal die Außenbezirke von Moskau besichtigt. Daher möchte ich meine Ausführungen mit der Feststellung beschränken, dass dieses Land natürlich viel mehr zu bieten hat als das Zentrum von Moskau.

Aber zunächst einmal gibt es keine Anzeichen für eine Wirtschaftskrise, die ich erkennen kann. Überhaupt keine. Ich habe sogar aufmerksam nach Obdachlosen Ausschau gehalten. Es gibt ein paar Obdachlose. Aber im Vergleich zu den üblichen Zuständen in Kanada, und ich spreche von jeder größeren Stadt in Kanada, ist das Ausmaß der Obdachlosigkeit, das ich gesehen habe, sehr, sehr gering. Wenn man in die Geschäfte geht, in die Lebensmittelläden, sind die Regale voll. Die Menschen scheinen kaufkräftig zu sein. Sie scheinen eine angemessene Lebensqualität zu haben. Aus wirtschaftlicher Sicht gibt es also, zumindest oberflächlich betrachtet, keine Anzeichen für eine Wirtschaftskrise.

Zweitens überrascht mich die Tatsache, dass es keine offensichtlichen Anzeichen für eine Art Patriotismus und nationalistischen Eifer gibt. Neulich habe ich einem Freund eine Geschichte erzählt, die recht merkwürdig ist. Ich habe eine Zeit lang in Griechenland verbracht, wo ich ein kleines Haus auf einem Berg habe. Und als ich das letzte Mal in Griechenland war und den Berg hinauf fuhr, der etwa drei Kilometer lang ist, sah ich vielleicht vier Zs, die an verschiedenen Stellen in den Berghang geritzt waren. Das ist offensichtlich das Zeichen, das das russische Militär in der Ukraine verwendet. Das war in Griechenland. In ganz Moskau habe ich nur ein einziges gesehen. Ich habe keine geschwenkten Fahnen gesehen.

Aufmärsche für oder gegen den Krieg habe ich nicht erlebt. Die Stimmung ist nicht festlich. Sie wirkt düster. Ich habe das Gefühl, dass die Menschen besorgt sind. Selbstverständlich sind sie das, denn ihr Land befindet sich im Krieg gegen die gesamte NATO. Es wäre unnormale, wenn sie nicht besorgt wären. Ich denke, sie sind sehr aufmerksam. Aber Anzeichen für nationalistischen Eifer sind einfach nicht vorhanden.

Am interessantesten waren die privaten Gespräche, die ich geführt habe. Bevor ich Kanada in Richtung Russland verließ, wandte ich mich an die russische Botschaft in Ottawa, Kanadas Hauptstadt, deren Botschafter so freundlich war, mir 45 Minuten seiner Zeit zu schenken, und er arrangierte eine Reihe von Treffen für mich hier in Moskau. Eines dieser Treffen fand mit zwei Vertretern des russischen Außenministeriums statt. Ich habe zweieinhalb Stunden mit ihnen verbracht. Sie führten mich ein wenig durch die recht großen und beeindruckenden Einrichtungen. Aber hauptsächlich sprachen wir über den Krieg. Ich habe versucht, das Gespräch auf die Voraussetzungen für ein Ende dieses Krieges zu lenken. Man verwies mich auf eine Erklärung des Vorsitzenden des außenpolitischen Ausschusses der Duma über die Grundvoraussetzungen für ein Friedensabkommen. Darauf können wir noch eingehen, aber das war ein interessantes Gespräch. Offensichtlich hat man im Außenministerium der russischen Regierung über ein akzeptables Friedensabkommen nachgedacht. Meiner Meinung nach beginnt man eine Verhandlung nicht mit der Bekanntgabe des gewünschten Endergebnisses. Dies ist ein Eröffnungsangebot, und wenn sie dies in erster Instanz sagen, nehme ich an, dass sie zu einem Kompromiss bereit sind. Ich kann mir nicht erklären, warum man sich nicht zusammensetzt, um die Kompromissbereitschaft zu prüfen. Das war also mein Treffen mit dem Außenministerium.

Ich habe heute im Valdai-Club gesprochen, der so etwas wie das russische Pendant zu Davos ist, natürlich ohne die gesamte westliche Elite, denn die hat Russland ausgeschlossen. Ich sprach auf einem Podium mit jemandem vom Außenministerium, der ein Experte in Wirtschaftsfragen ist. Ein weiterer Wirtschaftswissenschaftler, ein dritter Wirtschaftswissenschaftler aus Kanada namens Radhika Desai. Wir sprachen über die Ent-Dollarisierung und darüber, wie die nicht-westliche Welt konzertierte Anstrengungen unternimmt, um die Abhängigkeit vom US-Dollar als globale Reservewährung zu beenden. Es war eine sehr interessante Diskussion. Zudem hatte ich den Vorteil, dass ich in den ersten beiden Tagen von einem russischen Herrn durch Moskau geführt wurde, der in Moskau lebt, aber an der Universität Oxford promovierte. Interessanterweise in spanischer Literatur. Er wurde von einem kanadischen Professor an mich verwiesen. Er war zum Teil ein Reiseführer, zum Teil aber auch ein Gesprächspartner. Ich habe ihn zwei Tage lang mit Fragen gelöchert. Das Fazit der Gespräche, die ich bisher mit den Menschen geführt habe, war, dass sie dem Vorgehen der russischen Regierung durchaus kritisch gegenüberstehen, aber nicht so, wie Sie vielleicht denken. Die Kritik lautet, dass die russische Regierung viel zu zaghaft agiert hat. So viel habe ich bis jetzt gehört. Man befürchtet, dass die russische Regierung zu viele Kompromisse eingehen wird. Ich habe oft gehört, dass die Regierung bereits 2014 hätte handeln sollen. Sie

hätte nicht warten sollen, denn zu diesem Zeitpunkt war bereits klar, was passieren würde. Ich fasse für Sie nur zusammen, was man mir gesagt hat.

Es entspricht nicht unbedingt meiner Meinung, aber man ist der Auffassung, dass zu diesem Zeitpunkt bereits absehbar war, dass die Situation für russischsprachige Menschen in der Ukraine äußerst schwierig würde und dass die ukrainische Regierung ernsthaft einen NATO-Beitritt anstreben würde. Zu diesem Zeitpunkt war das ukrainische Militär ziemlich schwach. Es herrscht also eine gewisse Unzufriedenheit über die zaghafte Vorgehensweise der russischen Regierung. Es besteht die Sorge, dass sie nicht energisch genug vorgehen wird. Ich habe keine Anzeichen von Widerstand gegen den Krieg gesehen. Ich bin mir sicher, dass es diesen Widerstand gibt. Daran habe ich keinen Zweifel, aber er ist nicht sichtbar. Und entschuldigen Sie die langatmige Antwort, aber das ist die Zusammenfassung dessen, was ich bis jetzt gesehen habe. Ich werde noch drei Wochen hier bleiben und hoffe, mindestens zehn Tage auf der Krim verbringen zu können.

ZR: Sehr interessant. Wir werden mit Ihnen über alle Entwicklungen in Kontakt bleiben. Was einen möglichen Frieden betrifft, so werden wir später in diesem Interview darauf zu sprechen kommen. Ich möchte zunächst über andere Themen im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine sprechen. Im Februar veröffentlichte der weltbekannte, mit dem Pulitzer-Preis ausgezeichnete Enthüllungsjournalist Seymour Hersh einen Artikel, der sich auf anonyme Quellen – oder mehrere anonyme Quellen, das ist noch unklar – stützte und in dem detailliert beschrieben wurde, wie die USA die Nord-Stream-Pipeline bombardierten. Einige Wochen später veröffentlichte die New York Times einen Artikel, der sich auf anonyme Quellen des US-Geheimdienstes stützte und in dem behauptet wurde, eine abtrünnige Gruppe habe eine Yacht aus Rostock benutzt, um die Nord-Stream-Pipeline zu bombardieren. Auf der Yacht wurden sogar Spuren von Sprengstoff sowie gefälschte Ausweise gefunden. Eine Beteiligung britischer oder amerikanischer Staatsbürger wurde ausgeschlossen. Nach dem Bericht der New York Times haben auch die deutschen Medien, allen voran der SPIEGEL, eigene Nachforschungen angestellt und gelangten zu dem Schluss, dass es sich bei den Tätern um eine abtrünnige ukrainische Gruppe handeln könnte, die nicht mit der ukrainischen Regierung verbunden ist, oder um eine russische Anti-Putin-Gruppierung. Hochrangige Beamte in Deutschland sprechen sogar davon, dass es sich um eine Operation unter falscher Flagge handeln könnte, mit der die Ukraine beschuldigt werden soll, ihre Beziehungen zum Westen zu schädigen. Wie bewerten Sie die Geschichte von Seymour Hersh im Vergleich zur Geschichte der Leitmedien?

DL: Nun, ich werde Ihnen einen Absatz aus einem anderen Artikel zitieren, den Sy Hersh gerade heute veröffentlicht hat. Tatsächlich habe ich ihn vor zwei Stunden gelesen. Ich habe seine Website abonniert. Ich weiß nicht, ob Sie ihn gesehen haben, Zain, aber er hat jemanden zu Rate gezogen – und es scheint nicht so, als hätte er sich selbst an jemanden gewandt. Es wirkt so, als ob jemand innerhalb der Geheimdienst-Gemeinschaft zu ihm gekommen ist und die Behauptungen, die von der New York Times und den deutschen Medien nach dem ersten

Enthüllungsbericht von Sy Hersh veröffentlicht wurden, im Detail untersucht und zu Hackfleisch verarbeitet hat. So möchte ich Ihnen zum Beispiel den letzten Absatz dieses Artikels vorlesen, und ich werde den Experten zitieren, was er gegenüber Sy Hersh sagte, Zitat: „In der Welt der professionellen Analysten und Akteure wird jeder allgemein und korrekt aus Ihrer Geschichte schließen. Dass die verteufelte CIA eine Gegenoperation erfunden hat, die auf den ersten Blick so lächerlich und kindisch ist, dass der eigentliche Zweck darin bestand, die Wahrheit zu untermauern.“ Ich möchte das nur für diejenigen festhalten, die nicht in den Genuss kommen, die Worte vor sich zu sehen. Was dieser Geheimdienstexperte, dieser anonyme Beamte, Sy Hersh in seinem neuesten Artikel sagt, ist, dass diese Geschichte über die Andromeda, das Segelschiff, so lächerlich ist, dass die Verantwortlichen bei der CIA wahrscheinlich wollten, dass die Öffentlichkeit sie nicht glaubt, damit sie die ursprüngliche Geschichte von Sy Hersh als Wahrheit erkennt, und damit sie versteht, dass die Regierung Biden die Nord-Stream-Pipeline sprengte. Ich könnte den Artikel noch länger durchgehen. Ich fühle mich nicht wohl dabei, weil es sich um ein kostenpflichtiges Abonnement handelt, das ich Ihnen nicht wirklich vorlesen möchte. Aber ich empfehle Ihnen, wenn Sie Zugang zu Sy Hershs letztem Bericht haben, die detaillierte Analyse der Andromeda, ich nenne sie den Andromeda-Schwindel, weil sie so lächerlich ist.

Zudem möchte ich erwähnen, dass die Washington Post heute oder gestern eine Story veröffentlicht hat, in der sie Folgendes behauptet. Sie ist so fantastisch, dass sie hier erwähnt werden muss. Die Washington Post schreibt inzwischen, dass es anscheinend noch ein weiteres Boot gab, denn die Vorstellung, dass dieses eine Segelschiff dies zustande brachte, sei so lächerlich. Sie sind also auf die Idee gekommen, dass ein weiteres Boot beteiligt war. Dabei zeigt die Washington Post mit dem Finger auf alle Europäer. Jeder in Europa ist schuldig. Aber die eine Partei, die in der gerade erschienenen Story der Washington Post nicht als schuldig gilt, ist die Regierung Biden. Obwohl Biden schwor, Nord Stream zu stoppen, falls Russland in die Ukraine einmarschieren würde. Er ist der offensichtlichste Verdächtige. Die Washington Post hält ihn jedoch für nicht verdächtig. Der unterhaltsamste Teil der Geschichte in der Washington Post ist die Aussage eines ungenannten europäischen Diplomaten, der erklärte, man rede einfach nicht über Nord Stream. Nord Stream sei wie ein Familienmitglied, das gestorben sei und dessen Leiche auf dem Grund liege, ohne dass jemand es anerkennen wolle. Ich meine, wenn Ihnen das noch nicht genügt, um sich ein Bild von der Realität zu machen, dann brauchen Sie einen Erleuchtungsmoment, denn die Geschichte ist ganz offensichtlich falsch und wurde von der CIA in die Welt gesetzt, um von den Taten der Regierung Biden abzulenken.

ZR: Betrachten wir weitere Entwicklungen im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine, vor allem auf dem Kriegsfeld. Die Schlacht um die Stadt Bachmut zwischen Russland und der Ukraine hält weiterhin an und ist eine der blutigsten bisher. Nach Angaben der USA und der Ukraine ist die Schlacht bei weitem noch nicht vorbei, wobei Russland bereits einen hohen Preis gezahlt hat. Die Siegesmeldungen der Wagner-Gruppe sind entweder Propaganda oder Desinformation. John Kirby, der Sprecher des Nationalen

Sicherheitsrates der USA, erklärte kürzlich, dass die Ukraine die Stadt nicht aufgegeben habe und dass bald ein zusätzliches Hilfspaket für die Ukraine bereitgestellt würde. Wie schätzen Sie die Lage ein? Wird die Ukraine in der Lage sein, die Entwicklung in Bachmut umzukehren, zumal inzwischen deutsche Leopard-2-Panzer einsatzbereit sind und weitere Waffen wie polnische MiG-29-Kampfflugzeuge folgen sollen?

DL: Ich glaube nicht, dass die russischen Streitkräfte die vollständige Kontrolle über die Stadt übernommen haben. Das ist meines Erachtens nicht die Behauptung. Die jüngste Behauptung, die ich in den letzten 24 Stunden gelesen habe, stammt meines Erachtens von Prigoschin selbst, dem Leiter der Wagner-Truppe, und besagt, dass die Wagner-Truppe jetzt 85 % der Stadt kontrolliert. Er berichtete wiederholt freimütig, dass die Ukrainer keine Anzeichen für einen Rückzug erkennen lassen und dem Vormarsch der Wagner-Kräfte erbitterten Widerstand leisten. Er war sogar so offen, zu sagen, dass Wagner angeschlagen ist. Das ist das Wort, das er benutzt hat. Prigoschin, was auch immer man von ihm halten mag, tendiert zu ehrlichen Aussagen und verzichtet auf große Übertreibungen. Er hat unter anderem behauptet und mit Fotos belegt, dass Wagner jetzt das Verwaltungsgebäude im Zentrum von Bachmut eingenommen hat. Es gibt Fotos mit der Wagner-Flagge. Das Gebäude ist völlig zerstört, aber offensichtlich haben sie, wie er es ausdrückte, die rechtliche Kontrolle übernommen. Aus der Sicht von Prigoschin hat man, wenn man das administrative Zentrum der Stadt unter seiner Kontrolle hat, auch die rechtliche Kontrolle darüber.

Meiner Meinung nach ist Wagner also seit Wochen auf dem Vormarsch. Es ist ganz klar, dass die Position der ukrainischen Streitkräfte trotz ihrer mutigen Hartnäckigkeit in Bachmut äußerst prekär ist. Was eine Gegenoffensive dort angeht, so haben sie meiner Meinung nach vor einigen Wochen versucht, eine Gegenoffensive zu beginnen. Auf Anweisung von Selenskyj hat das ukrainische Militär Tausende von zusätzlichen Truppen verlegt, um den Ansturm der Wagner-Truppen zu verhindern. Das hat den Vormarsch sicherlich verlangsamt und ihn blutiger gemacht, aber das hat Wagner nicht am Vormarsch gehindert. Ich kann mir nicht vorstellen, Zain, dass ein paar Dutzend Panzer und ein paar Dutzend MiG-29 etwas am Ausgang der Schlacht in Bachmut ändern werden. Und ich habe einen Bericht gelesen, demzufolge Selenskyj von den Staaten, die diese Waffen liefern, gesagt wurde, dass sie sie nicht in Bachmut einsetzen wollen. Sie wollen, dass sie in der Offensive eingesetzt werden, der Offensive, von der sie seit Monaten sprechen und die sie offenbar im Süden und nicht in Bachmut einleiten werden.

Ich denke also, dass die Zeichen in Bezug auf Bachmut eindeutig sind, und dass alles davon abhängen wird, was bei dieser Offensive geschieht. Wenn es ihnen nicht gelingt, bei dieser Offensive die von Russland errichtete Landbrücke zur Krim zu durchbrechen - und übrigens hat Selenskyj genau das kürzlich in einem Interview, ich glaube mit der New York Times, gesagt, wenn sie Bachmut einbüßen und diese Offensive nicht erfolgreich ist, dann wird der Druck auf ihn immens sein, ein Friedensabkommen zu schließen.

ZR: Sie haben bereits erwähnt, dass es Gespräche über die Grundzüge eines Friedensabkommens gab. Erzählen Sie mehr darüber und ob es Ihrer Meinung nach überhaupt realistisch ist, dass die ukrainische Regierung die von russischer Seite vorgegebenen Entwürfe akzeptiert.

DL: Wie ich bereits erwähnte, war es der Vorsitzende des außenpolitischen Ausschusses der Duma – ich könnte mich irren –, der in einigen Einzelheiten darlegte, was die russische Regierung akzeptieren würde. Und das wurde mir gegenüber wiederholt, als ich ins Außenministerium ging. Dies scheint also die offizielle Position der russischen Regierung zu sein. Das erste Element besteht in der Anerkennung, dass die vier Oblaste, die von Russland annektiert wurden, nun Teil des souveränen russischen Territoriums sind. Ich fragte den Beamten des Außenministeriums unter anderem: „Die russischen Streitkräfte kontrollieren derzeit nicht alle diese Oblaste. Die Städte Kramatorsk und Slawjansk in Donezk, der Volksrepublik Donezk, stehen zum Beispiel noch unter ukrainischer Kontrolle. In der Oblast Cherson, die Russland annektiert hat, haben sie sich aus der Stadt Cherson zurückgezogen.“ Ich habe ihn also gefragt, ob die russische Regierung lediglich die von ihr kontrollierten Gebiete behalten möchte oder ob sie auch die Souveränität über die Verwaltungsgrenzen dieser Gebiete haben möchte. Er machte deutlich, dass es sich um Letzteres handelt.

Das ist also ein schwieriges Element in dieser ganzen Angelegenheit. Das würde bedeuten, dass die Ukraine Gebiete aufgeben müsste, die sie derzeit kontrolliert, nicht nur die Gebiete, die sie nicht mehr kontrolliert. Er sagte, die Ukraine müsse entmilitarisiert werden, die Ukraine müsse sich verpflichten, kein Militärbündnis mit der NATO einzugehen und keine ausländischen Streitkräfte an ihrer Grenze zu stationieren. Sie müsse auf die Rückeroberung der Krim verzichten und etwas gegen den Neo-Nazismus unternehmen. Was konkret würde die russische Regierung in diesem Zusammenhang fordern? Ich meine, wie ich Ihnen vielleicht schon ein paar Mal gesagt habe, Zain, das ist ein ernstes Problem in der Ukraine. Das ukrainische Parlament hat einen nationalen Feiertag zu Ehren des Nazi-Kollaborateurs und Antisemiten Stepan Bandera ausgerufen. Das ist also keine russische Desinformation. Es handelt sich um ein ernstes Problem. Sollten sich die Konfliktparteien jemals an den Verhandlungstisch setzen, wird es für sie schwierig werden, dieses Problem zu bewältigen.

Es wurde auch gesagt, dass es Garantien dafür geben müsse, dass Russischsprachige in der Ukraine keine Bürger zweiter Klasse seien. Sie müssten also ihre Sprachrechte zurückerhalten, und zwar für alle Minderheiten, übrigens nicht nur für die russischsprachigen, sondern für alle Minderheiten in der verbleibenden Ukraine müssten Sprachrechte garantiert werden. Das waren die Eckpunkte der Vereinbarung. Wie gesagt, ich glaube, dass dies ein Eröffnungsangebot ist. Ich denke, dass die russische Regierung, wenn sie glaubt, es mit einem ernsthaften Verhandlungspartner zu tun zu haben, wahrscheinlich erhebliche Kompromisse eingehen würde. Und es gibt nur einen Weg, das herauszufinden, nämlich sich an den Tisch zu setzen und zu verhandeln.

ZR: Ich möchte einige Gegenargumente gegen die Diplomatie vorbringen, und damit meine ich nicht die von Ihnen erwähnten Leitlinien, denn die stammen von der russischen Regierung. Mir geht es eher darum, die Argumente zu widerlegen, die Sie für die Diplomatie und eine friedliche Lösung vorbringen. Eines der Argumente, das von Politikern oder westlichen Kommentatoren vorgebracht wird und in den Leitmedien verbreitet wird, ist, dass Russland nicht verhandeln will. Es sei daran interessiert, so viel Territorium wie möglich zu erobern. Wären sie interessiert, hätten sie selbst ein substanzielles Angebot gemacht. Was halten Sie von diesem Argument?

DL: Ich denke, es lässt die Ereignisse des letzten Jahres völlig außer Acht. Die Russen haben vor Beginn der speziellen Militäroperation, oder wie wir sie im Westen nennen, der Invasion, den Vereinigten Staaten und den westeuropäischen Mächten einen Vertragsentwurf für eine neue Sicherheitsarchitektur in Europa vorgelegt, der den Abzug bestimmter Nuklearstreitkräfte in westlicher Richtung in Europa und weiter weg von der russischen Grenze beinhaltet hätte, was offen gesagt nicht etwas ist, das aus der Perspektive Russlands vernünftig ist. Aber es ist etwas, das ganz Europa anstreben sollte. Niemand in Europa sollte den Wunsch haben, dass sich die Nuklearstreitkräfte im östlichen Teil des Kontinents gegenüberstehen. Das wäre die Grundlage für eine Katastrophe. Was hat die Regierung Biden dazu gesagt? Man sei nicht interessiert. Nicht einmal daran, mit ihnen zu verhandeln.

Das Gleiche gilt für die Frage der NATO-Mitgliedschaft der Ukraine: Obwohl die westlichen Mächte Gorbatschow versichert hatten, dass die NATO nicht nach Osten expandieren würde, hat sie es wiederholt getan, und das ist historisch belegt. Und als Putin schließlich sagte, das sei der letzte Strohalm, die Ukraine sei eine rote Linie für uns, sagte Biden erneut: Wir sind nicht bereit zu verhandeln. Was geschah dann, als die spezielle Militäroperation begann? Zunächst setzten sich die Parteien innerhalb von sechs Wochen an einen Tisch, die Regierung Selenskyj und die Regierung Putin, die unter türkischer Vermittlung kurz vor einem Friedensabkommen standen. Was geschah? Übrigens glaube ich nach den Berichten, die ich gelesen habe, nicht, dass die Ukraine dafür diese vier Oblaste hätte aufgeben müssen. Das Hauptaugenmerk dieses Friedensabkommens lag auf der Krim und der NATO-Mitgliedschaft. Sie waren kurz davor, ein Abkommen zu schließen, und Boris Johnson reiste nach Kiew, woraufhin die ukrainischen Medien berichteten, er hätte gesagt: „Wir werden dieses Abkommen nicht unterstützen. Wir werden Ihnen keine Sicherheitsgarantien geben und Sie sind auf sich allein gestellt, wenn Sie dieses Abkommen mit den Russen eingehen. Wenn Sie sich jedoch nicht auf das Abkommen einlassen, werden wir Ihnen alle erforderlichen Waffen geben, um Russland zu besiegen.“

An diesem Punkt brachen die Verhandlungen ab. Das Letzte, was ich sagen möchte, ist, dass es seither tatsächlich erfolgreiche Verhandlungen in einer sehr begrenzten Frage gegeben hat. Es hat wiederholt Vereinbarungen über den Austausch von Kriegsgefangenen gegeben. Und der bedeutendste Verhandlungserfolg war der Getreidehandel, der wiederum von der Türkei vermittelt wurde und der es ermöglichte, sehr große Mengen an Getreide aus Odessa zu

exportieren. Es gibt also Belege dafür, dass Verhandlungen mit der russischen Regierung möglich sind. Aber, Zain, wenn man es mit der Möglichkeit eines nuklearen Holocausts zu tun hat, ist man verpflichtet, wiederholt Versuche zu unternehmen und sein Bestes zu geben. Und wenn die Bemühungen am Ende des Tages fehlgeschlagen sind, dann hat man wenigstens mit gutem Gewissen gehandelt. Wir haben es nicht einmal versucht. Wir haben keine ernsthaften Anstrengungen unternommen, mit den Russen zu verhandeln.

ZR: Ein weiteres Argument, welches vorgebracht wird, besagt, dass es für Verhandlungen zu spät sei, da Russland der Zivilbevölkerung bereits so viele Schulden und Leiden zugefügt und unsägliche Kriegsverbrechen begangen habe, wie z. B. Angriffe auf Wohnkomplexe und zivile Energie-Infrastruktur. Für den ukrainischen Präsidenten Selenskyj sei es politisch unmöglich, jetzt eine Kehrtwende zu vollziehen und Verhandlungen zu führen, und einige mögen sogar argumentieren, dass dasselbe für Putin jetzt politisch unmöglich sei, wenn er nicht alle Gebiete im östlichen Teil der Ukraine erobert. Was halten Sie von dem Argument, dass angesichts der politischen Konstellationen in der Ukraine und in Russland die Aufnahme von Verhandlungen jetzt unmöglich ist?

DL: Ich gebe bereitwillig zu, dass es viel schwieriger geworden ist, als es war. Ich kann mir nicht vorstellen, dass die russische Regierung, nachdem ihr Militär Zehntausende von Soldaten geopfert hat, bereit ist, das von ihr jetzt kontrollierte Gebiet aufzugeben. Ob das nun richtig oder falsch ist, es ist einfach die Realität. Und ich denke, dass die Regierung Putin wahrscheinlich gestürzt würde, wenn sie ihre Streitkräfte zum jetzigen Zeitpunkt aus der Ukraine abzöge. Es ist also zweifelsohne schwierig. Auf ukrainischer Seite haben die enormen Opfer, die das ukrainische Volk gebracht hat, zweifellos die Position von Wolodymyr Selenskyj in Bezug auf die Aushandlung eines Friedensabkommens erschwert. Aber was die Frage der Kriegsverbrechen betrifft, so wissen wir nicht, ob viele dieser Anschuldigungen gerechtfertigt sind.

Anschuldigungen gab es übrigens auf beiden Seiten. Die Russen haben die ukrainische Regierung wiederholt der Kriegsverbrechen beschuldigt, z. B. den Beschuss von Donezk, bei dem Zivilisten getötet wurden. Ich habe selbst Dutzende von Fotos und Videos von Donezk gesehen, auf denen Zivilisten zu sehen waren, die tot oder verwundet auf dem Boden lagen. Es gibt also erhebliche Beweise für die Annahme, dass beide Seiten Kriegsverbrechen begangen haben. Ich denke jedoch, dass es noch keine umfassende Untersuchung gegeben hat. Und ich denke, dass dies ein unvermeidliches Merkmal des Krieges ist, denn der Krieg macht aus Männern Monster. Ich kenne keinen einzigen Krieg, in dem keine Kriegsverbrechen begangen worden wären. Wer glaubt, dass wir im Zweiten Weltkrieg keine Kriegsverbrechen begangen haben, der muss sich informieren. Die Brandbombenangriffe auf Dresden waren ein schreckliches Kriegsverbrechen. Die Atombombenabwürfe auf Nagasaki und Hiroshima sind zwei der schlimmsten Kriegsverbrechen, die je begangen wurden. Und schon vorher hatten die amerikanischen Streitkräfte ganz Tokio in Schutt und Asche gelegt.

Sie bombardierten die Stadt mit Feuerbomben, bis fast nichts mehr übrig war. Das ist also die Natur des Krieges.

Und trotzdem, Kriege enden irgendwann. Auch dieser wird zu einem Ende kommen müssen. Es sieht jetzt schlimm aus, es kann aber noch viel schlimmer werden. Es könnte noch sehr viel schlimmer werden, selbst wenn es uns gelingt, einen nuklearen Schlagabtausch zu vermeiden. Sie wissen, dass die Westukraine bisher weitgehend verschont geblieben ist. Wenn sich der Konflikt auf die Westukraine ausweitet, wird das Ausmaß des Leids exponentiell zunehmen. Ich mache mir also keine Illusionen, Zain, über die Schwierigkeit, ein Friedensabkommen auszuhandeln. Aber ich denke, wir müssen es unbedingt versuchen.

ZR: Werfen wir einen Blick auf die weiteren Entwicklungen, die im Zusammenhang mit diesem Krieg stattfinden. Finnland, das eine 1.300 Kilometer lange Grenze mit Russland teilt, ist nun offiziell Teil der NATO. Es dauerte nicht einmal ein Jahr, bis Finnland Teil der Allianz wurde. Finnland hat jetzt einen neuen Ministerpräsidenten, aber die frühere finnische Ministerpräsidentin Sanna Marin, die den Beitritt zu diesem Bündnis befürwortete, erklärte, die NATO habe kein Interesse an der Stationierung von Atomwaffen oder ständigen Stützpunkten in Finnland bekundet. In der Tagesschau, dem führenden deutschen Nachrichtensender zur Hauptsendezeit, heißt es, ich zitiere: „Finnland verfügt über gut trainierte Streitkräfte, hochmoderne Kampfflugzeuge, Panzer und Artilleriegeschütze. Damit leistet das Land einen wichtigen Beitrag zur Abschreckung“, Zitat Ende. Wie sehen Sie diese Entwicklungen? Muss Russland die NATO wirklich fürchten, da sie kein Interesse an der Errichtung von Militärbasen oder Atomwaffen bekundet hat und lediglich als Schutzschild fungiert?

DL: Ich bin mir dessen nicht bewusst, und wenn mir jemand das Gegenteil beweisen kann, kann er es gerne versuchen. Aber mir ist nicht bekannt, dass die russische Regierung im Vorfeld der Entscheidung der finnischen Regierung, der NATO beizutreten, irgendeine kriegerische Äußerung gegenüber Finnland getätigt hätte. Mir ist nicht bekannt, dass die russische Regierung bis zu diesem Zeitpunkt auch nur eine einzige Drohung mit dem Einsatz militärischer Gewalt gegen Finnland ausgesprochen hätte. Es gibt sehr, sehr spezifische Gründe, warum die russische Regierung in der Ukraine interveniert hat, die einfach nicht auf Finnland zutreffen.

Da war der Sturz des demokratisch gewählten Präsidenten Janukowitsch, der Russland gegenüber freundlich gesinnt war, im Jahr 2014. Es gab den Bürgerkrieg. 2014 wurden in Odessa Dutzende prorussische Aktivisten lebendig verbrannt. Es gab den Aufstieg des Neo-Nazismus in der Ukraine. Da war die Bombardierung von Donezk, bei der Tausende von Zivilisten im Donbass getötet wurden, auf beiden Seiten. Und dann das Versprechen, dass die NATO nicht nach Osten expandieren würde. All das kam zusammen und führte zu diesem furchtbaren Krieg. Es gibt wirklich keinen Grund zur Annahme, dass die russische Regierung vor dem Beitritt Finnlands zur NATO die Absicht hatte, ihr Militär nach Finnland zu schicken

– und ich glaube nicht, dass sie das jetzt tut. Jetzt, da Finnland der NATO beigetreten ist, könnte dies von der russischen Regierung tatsächlich als eine Bedrohung angesehen werden. Es hängt meiner Meinung nach wirklich davon ab, was Finnland in dieser Phase unternimmt. Ich habe heute eine Umfrage gesehen, aus der hervorging, dass die finnische Bevölkerung in der Frage, ob sie ständige amerikanische Militärstützpunkte in Finnland wünscht oder nicht, mehr oder weniger geteilt ist. Ich halte es für äußerst unklug, Militärstützpunkte von NATO-Mitgliedsländern und insbesondere des amerikanischen Militärs in Finnland einzurichten. Sie haben die Garantie nach Artikel fünf des NATO-Vertrages. Ich glaube nicht, dass sie diese Garantie überhaupt brauchten, um vor einer russischen Invasion sicher zu sein. Aber jetzt, da sie diese Garantie haben, ist das alles, was sie benötigen. Wenn sie jedoch anfangen, amerikanische Streitkräfte ins Land zu holen, und vor allem, wenn die Amerikaner Raketen und Raketenwerfer einführen, die dazu genutzt werden könnten, nukleare Waffen nach Russland zu bringen, dann ändert sich die Lage und die Probleme könnten sich sehr, sehr schnell verschärfen. Ich denke also, die finnische Regierung wäre gut beraten, in dieser Phase sehr vorsichtig vorzugehen.

ZR: Russland hat vor kurzem angekündigt, dass es taktische Atomwaffen in Weißrussland an den Grenzen zu NATO-Ländern stationieren würde. Der für die Koordinierung der auswärtigen Angelegenheiten zuständige Vizepräsident der EU, Josep Borrell, erklärte daraufhin, und ich zitiere ihn hier, „die Aufnahme russischer Atomwaffen in Weißrussland würde eine unverantwortliche Eskalation und eine Bedrohung für die europäische Sicherheit bedeuten. Weißrussland kann dies verhindern. Es ist ihre Entscheidung. Die EU ist bereit, mit weiteren Sanktionen zu reagieren“, Zitat Ende. Westliche Kommentatoren und Politiker sind der Meinung, dass Putins Drohung mit Atomwaffen der einzige verbleibende Schritt ist, um seine Agenda voranzutreiben, da er auf dem Kriegsschauplatz scheitert. Warum verschärft Russland Ihrer Meinung nach die Situation und führt die Menschheit näher an einen Atomkrieg heran?

DL: Ich bin mit vielen Aussagen, die Sie gerade gemacht haben, nicht einverstanden. Zunächst einmal gewinnt Russland diesen Krieg. Die Vorstellung, dass dieser Schritt, die Stationierung von Atomwaffen in Weißrussland, gemacht wurde, weil Russland keine weiteren Trümpfe mehr in der Hand hat, ist also ein Hirngespinnst. Seit seinem Rückzug aus Cherson hat Russland eine Stadt nach der anderen eingenommen. Die ukrainischen Streitkräfte haben seitdem nicht eine einzige Stadt oder ein Dorf oder eine Stadt entlang der Kampflinie zurückerobert, nicht eine einzige. Russland hat wahrscheinlich 15 oder 20 von ihnen eingenommen. Es steht kurz davor, Bachmut in der größten Schlacht des Krieges einzunehmen. Es war also nicht nötig, Atomwaffen nach Weißrussland zu schicken, um eine Art Verzweiflungstat zu begehen. Ich wünschte, es hätte das nicht getan. Ich bin der Meinung, dass wir alles in unserer Macht Stehende tun sollten, um die Atomwaffenarsenale dieser Welt abzuschaffen. Aber ich verstehe nicht, wie die Europäer, die die Stationierung von US-Atomstreitkräften auf ihrem Boden akzeptiert haben, der russischen oder

weißrussischen Regierung einen Vortrag über die souveräne Entscheidung halten können – sie haben das Recht dazu.

Die Deutschen, die Italiener auch, glaube ich, haben Atomwaffen, die nicht ihre eigenen sind, sie haben die Stationierung von Nuklearstreitkräften durch die Vereinigten Staaten akzeptiert. Warum hat Weißrussland dieses Recht nicht? Warum sollte das Verhalten von Weißrussland destabilisierender sein als das Vorgehen Europas seit Jahrzehnten? Wir sollten alle den Kopf schütteln und diese Atomstreitkräfte so schnell wie möglich aus all diesen Ländern abziehen. Wir sollten ein waffenfreies Europa haben, ganz Europa, nicht eine einzige Atombombe, das wäre im Interesse von ganz Europa. Und solange die Europäer nicht den ernsthaften Willen zu so etwas bekunden, und solange die Biden-Administration, die aus dem Vertrag über den Schutz vor ballistischen Flugkörpern, aus dem Vertrag über nukleare Mittelstreckenraketen und aus dem Atomabkommen mit dem Iran ausgestiegen ist, nicht ernsthaft die Absicht bekundet, die nukleare Abrüstung voranzutreiben, glaube ich nicht, dass es irgendjemandem zusteht, die Russen oder die Weißrussen über diese Entscheidung zu belehren, so bedauerlich sie auch ist.

ZR: Zu meiner letzten Frage. Am 17. März hat der Internationale Strafgerichtshof einen Haftbefehl gegen den russischen Präsidenten Putin erlassen. Er soll unter anderem für das Kriegsverbrechen der unrechtmäßigen Deportation von Kindern aus der Ukraine verantwortlich sein. Im vergangenen Monat jährte sich auch der 20. Jahrestag des US-Angriffskrieges im Irak, bei dem Hunderttausende von Zivilisten getötet wurden. Zu diesem Krieg gehörten auch die unrechtmäßige Auslieferung und ein weltweites Folterprogramm sowie die Inhaftierung von Menschen, darunter auch von Teenagern im Alter von 14 Jahren in Guantanamo Bay. Darüber hinaus umfasste der Krieg der USA gegen den Terror das Drohnenprogramm, durch das Tausende von Menschen getötet wurden, die meisten von ihnen Zivilisten. Wie beurteilen Sie als Jurist mit dem Schwerpunkt Völkerrecht das Vorgehen des IStGH gegen Russland im Vergleich zu den USA? Und was sagt das über unser internationales Rechtssystem aus?

DL: Ein Grundprinzip eines jeden Rechtssystems ist die Universalität. Das bedeutet, dass das Gesetz ohne Diskriminierung auf alle Straftäter angewandt wird. Mit der gleichen Härte. Gemäß einem ordnungsgemäßen Verfahren, aber mit der gleichen Strenge. Und der IStGH hat mit dieser Anklage bewiesen, dass er vollständig und grundlegend politisiert ist. Meiner Meinung nach, und das habe ich in den letzten Wochen immer wieder lautstark zum Ausdruck gebracht, ist der IStGH nun eine durch und durch diskreditierte Institution. Man kann kein Vertrauen in die Rechtspflege haben, wenn der wichtigste Vollstrecker des Gesetzes zugegebenen Kriegsverbrechen, zugegebenen Kriegsverbrechen im Westen, de facto Immunität gewährt und nur mutmaßliche Kriegsverbrecher verfolgt, die von der Regierung der Vereinigten Staaten als offizielle Feinde betrachtet werden oder die aus Entwicklungsländern in Afrika oder im Nahen Osten stammen. Es ist absolut lächerlich, dass George Bush seit 20 Jahren unbehelligt bleibt. Condoleezza Rice, Dick Cheney, Donald

Rumsfeld bis zu seinem Tod. Barack Obama hat 2007, als er für das Amt des Präsidenten der Vereinigten Staaten kandidierte, zugegeben, dass Waterboarding Folter ist. Er hat es zugegeben. Und US-Regierungsdokumente ließen zu diesem Zeitpunkt keinen Zweifel daran, dass die Regierung der Vereinigten Staaten Waterboarding in großem Umfang angewandt hatte, nicht nur in Guantanamo Bay, sondern an illegalen Standorten auf der ganzen Welt.

Dies sind eindeutige, unmissverständliche Kriegsverbrechen. Israel begeht schon seit Jahrzehnten Kriegsverbrechen. Die Siedlungen im Westjordanland sind ein eindeutiges Kriegsverbrechen. Und wir wissen ohne den geringsten Zweifel, dass diese Siedlungen auf jede erdenkliche Art und Weise auf den höchsten Ebenen der israelischen Regierung ermöglicht, genehmigt und unterstützt werden. Nicht ein einziger israelischer Beamter ist angeklagt worden. Wie kann man also behaupten, dass der Internationale Strafgerichtshof ein wirklich unparteiischer Vollstrecker des Gesetzes ist? Meiner Meinung nach sollte man die ganze Institution einfach abschaffen und von vorne beginnen. Denn wenn man eine Institution hat, die vorgibt, das Recht durchzusetzen, aber in Wirklichkeit nur ein politisches Instrument einer Supermacht ist, dann diskreditiert man die Rechtsordnung. Das internationale Recht ist durch den Internationalen Strafgerichtshof in Misskredit gebracht worden. Es tut mir sehr leid, dies zu sagen. Früher war ich ein Bewunderer dieses Gerichts. Ich denke, es war ein wunderbares Konzept, aber es hat seine Glaubwürdigkeit völlig verloren.

ZR: Dimitri Lascaris, unabhängiger Journalist und Rechtsanwalt, vielen Dank für Ihre Zeit heute.

DL: Vielen Dank, Zain. Nochmals, ich wünsche Ihnen eine sehr schnelle Genesung.

ZR: Und wir danken Ihnen für Ihr Interesse an der heutigen Sendung. Vergessen Sie nicht, unseren alternativen Kanälen auf Rumble und Telegram beizutreten. YouTube kann uns in Zukunft jederzeit mit einem Shadowban belegen oder zensieren, deshalb sollten Sie sicherheitshalber unseren Kanälen auf Rumble und Telegram folgen. Und bitte, wenn Sie sich dieses Video ansehen, vergessen Sie nicht zu spenden. Hinter den Kulissen arbeitet ein ganzes Team an Video, Audio, Kamera, im Falle unserer deutschen Videos auch an Übersetzung, Korrektur und Synchronisation, unermüdlich daran, Sie kontinuierlich mit unabhängigen Nachrichten und Analysen gemeinnützig zu versorgen. Ich bin Ihr Moderator, Zain Raza, bis zum nächsten Mal.

ENDE